



In den ersten 100 Tagen seiner zweiten Amtszeit erlebt Präsident Donald Trump einen deutlichen Rückgang seiner Zustimmungswerte in der Einwanderungspolitik – einem Bereich, der lange Zeit als seine politische Stärke galt. Aktuelle Umfragen zeigen, dass 53 % der Amerikaner seine Einwanderungspolitik ablehnen, während nur 46 % sie unterstützen – ein deutlicher Rückgang gegenüber Februar, als noch die Hälfte der Bevölkerung seine Maßnahmen befürwortete.

Ein zentraler Auslöser für die wachsende Unzufriedenheit ist der Fall von Kilmar Abrego García. Der salvadorianische Migrant wurde trotz eines gerichtlichen Verbots abgeschoben und sitzt nun unter prekären Bedingungen in El Salvador in Haft. Die Hälfte der Amerikaner (50 %) fordert seine Rückkehr in die USA, während nur 28 % dagegen sind.

Der Fall Kilmar Abrego García: Ein juristischer und politischer Brennpunkt

Kilmar Abrego García, ein salvadorianischer Migrant, lebte seit 2011 in Maryland und war seit 2019 durch eine gerichtliche Anordnung vor der Abschiebung nach El Salvador geschützt. Dennoch wurde er am 15. März 2025 abgeschoben und in das berüchtigte Gefängnis CECOT in El Salvador gebracht.

Die Trump-Administration bezeichnete die Abschiebung zunächst als „administrativen Fehler“, argumentierte jedoch später, dass Abrego García Mitglied der MS-13-Gang sei – ein Vorwurf, der auf fragwürdigen Beweisen basiert, wie etwa der Interpretation seiner Kleidung und einer anonymen Quelle.

Mehrere Gerichte, darunter der Oberste Gerichtshof der USA, ordneten die Rückführung von Abrego García an. Die Regierung verweigerte jedoch die Umsetzung dieser Anordnungen und berief sich auf außenpolitische Gründe und mangelnde Zuständigkeit.

Politische Konsequenzen und öffentliche Reaktionen

Die aggressive Einwanderungs- und Abschiebungspolitik der Trump-Administration stößt zunehmend auf Widerstand. Laut einer AP-NORC-Umfrage glauben etwa die Hälfte der Amerikaner, dass Trump „zu weit gegangen“ ist, insbesondere bei der Abschiebung von Migranten ohne Gerichtsverfahren und der Aberkennung von Studentenvisa aufgrund



politischer Aktivitäten.

Besonders unter unabhängigen Wählern zeigt sich ein Vertrauensverlust: Während im März noch 50 % Trumps Einwanderungspolitik unterstützten, sind es nun nur noch 38 %.

Internationale Reaktionen und diplomatische Spannungen

Trumps harte Einwanderungspolitik bleibt auch international nicht ohne Folgen. In Mexiko sorgten Werbekampagnen der US-Regierung, die Migranten von einer Einreise in die USA abhalten sollten, für Empörung. Zudem wurde in Florida ein riesiges Zeltlager errichtet, um Migranten unterzubringen, was weitere Kritik hervorrief.

Ausblick

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass Präsident Trump in der Einwanderungspolitik an Rückhalt verliert – sowohl national als auch international. Während seine harte Linie bei einem Teil der Bevölkerung weiterhin Unterstützung findet, wächst die Kritik an überzogenen Maßnahmen und Rechtsverstößen. Sollte dieser Trend anhalten, könnte Trumps bisherige Stärke in der Einwanderungspolitik zu einer seiner größten politischen Schwächen werden.

Von Andreas Brucker